

N i e d e r s c h r i f t
über eine Sitzung
des Amtsausschusses des Amtes Langballig
am Montag, d. 24. November 2003 um 18.00 Uhr
in der Gaststätte Unewatt

Tagesordnung:

1. Berichte der Ausschussvorsitzenden, der BürgermeisterInnen und des Amtsvorstehers
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 23.06.2003
4. 1. Nachtragshaushaltssatzung nebst -plan für das Haushaltsjahr 2003
(siehe FA-Sitzung vom 20.10.2003 – TOP 3 -)
5. Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2004
(siehe FA-Sitzung vom 17.11.2003 – TOP 1 -)
6. Satzung über die Erhebung einer Fremdenverkehrsabgabe
(siehe FA-Sitzung vom 17.11.2003 – TOP 2 -)
7. Öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen dem Amt Gelting und dem Amt Langballig über die Bestellung eines gemeinsamen behördlichen Datenschutzbeauftragten
(siehe FA-Sitzung vom 20.10.2003 – TOP 8)
8. Vereinbarung über die Durchführungswege der Entgeltumwandlung im kommunalen öffentlichen Dienst
9. 3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung des Amtes Langballig vom 05.06.1998
10. Erlass einer Entschädigungssatzung für das Amt Langballig
11. Bestellung und Widerruf einer/eines Standesbeamtin/Standesbeamten
12. Verschiedenes

Anwesende

seitens des Amtsausschusses:

Amtsvorsteher Jürgen Bachmann, Westerholz – zugl. als Vorsitzender
Bürgermeister Peter-Wilhelm Jacobsen, Dollerup
Bürgermeisterin Silke Schreiber, Grundhof
Bürgermeister Peter Dietrich Henningsen, Langballig
Bürgermeisterin Margrit Jebsen, Munkbrarup
Bürgermeister Hans-Detlef Jordt, Ringsberg
Bürgermeister Ulrich Christophersen, Wees
Amtsausschussmitglied Thomas Petersen, Dollerup
Amtsausschussmitglied Peter Tramsen, Dollerup
Amtsausschussmitglied Bernd Wunder, Grundhof
Amtsausschussmitglied Nikolaus Asmussen, Langballig
Amtsausschussmitglied Birgit Bialluch, Langballig
Amtsausschussmitglied Heiner Iversen, Munkbrarup
stellv. Amtsausschussmitglied Claus Henningsen, Munkbrarup
– als Vertreter des Amtsausschussmitgliedes Gerd Bremer
Amtsausschussmitglied Wolfgang Striebich, Wees

Amtsausschussmitglied Gerd Voß, Wees
Amtsausschussmitglied Wolfgang Müller-Haack, Wees
Amtsausschussmitglied Maike Jochimsen, Wees
Amtsausschussmitglied Jürgen Hansen, Westerholz

als Gast:

Peter Asmussen, Touristikverein Amt Langballig/Ostsee e.V.

seitens der Presse:

Horst Mahlenbrei, Flensburger Tageblatt

seitens der Amtsverwaltung:

LVB Walter Schober
Amtskämmerer Reinhard Schmeiduch – zugl. als Protokollführer
Referendarin Ulrike Mehr
Auszubildender Patrick Rölleke

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 20.00 Uhr

Die Mitglieder des Amtsausschusses waren durch Einladung vom 14.11.2003 auf heute unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden.

- Die Verhandlungen finden in **öffentlicher** Sitzung statt. -

Um 18.00 Uhr eröffnet Amtsvorsteher Jürgen Bachmann die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Amtsausschusses, Herrn Mahlenbrei von der Presse sowie die Vertreter der Amtsverwaltung. Sodann stellt er die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Amtsvorsteher Jürgen Bachmann, die Tagesordnung dahingehend zu erweitern, dass als zusätzliche Tagesordnungspunkt

Tagesordnungspunkt 11:

Bestellung und Widerruf einer/eines Standesbeamtin/Standesbeamten

aufgenommen wird.

Einstimmiger Beschluss:

Der Erweiterung der Tagesordnung wird zugestimmt.

Der Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ verschiebt sich dementsprechend auf Tagesordnungspunkt 12.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Berichte der Ausschussvorsitzenden, der BürgermeisterInnen und des Amtsvorstehers

1.1 Liegenschaftsausschuss

Da der Liegenschaftsausschussvorsitzende Gerd Bremer heute nicht anwesend ist, erläutert der Leitende Verwaltungsbeamte Walter Schober die in der Liegenschaftsausschusssitzung am 15.07.2003 beschlossenen und inzwischen durchgeführten Sanierungsmaßnahmen am Rentnerwohnheim in Wees.

1.2 Finanzausschuss

Finanzausschussvorsitzende Margrit Jebesen berichtet über die Sitzungen vom 20.10. und 17.11.2003, in denen es neben dem 1. Nachtragshaushaltsplan 2003 und dem Haushaltsplan 2004 insbesondere über die Erhebung einer Fremdenverkehrsabgabe ging. Diese Angelegenheiten stehen auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung.

Darüber hinaus wurde über den Neubau eines Pflegeheimes in Langballig und die Beteiligung der amtsangehörigen Gemeinden am Erlebnisbad in Glücksburg diskutiert.

1.3 Bericht des Amtsvorstehers

Amtsvorsteher Jürgen Bachmann verweist auf das neu eingerichtete Bürgerbüro, das von den Bürgerinnen und Bürgern des Amtes sehr gut angenommen wird. Sein ausdrücklicher Dank gilt den dort tätigen Mitarbeiterinnen, die erheblichen Anteil daran hätten.

Außerdem berichtet er über folgende Angelegenheiten:

- Stadt-Umlandgespräche
- Einladung bei der Partnerstadt Malchow
- zukünftige finanzielle Beteiligung der Eltern an der Bläserklasse Langballig
- Tagung des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages zur Kommunalisierung der Schulen
- Kooperationsgespräche mit dem Amt Hürup
- Situation der Diakonie-Sozialstation Langballig.

Bürgermeisterin Silke Schreiber ergänzt, dass sie in Vertretung des Amtsvorstehers an mehreren Veranstaltungen und Ausstellungen teilgenommen hat.

1.4 Berichte der BürgermeisterInnen

1.4.1 Grundhof

Bürgermeisterin Silke Schreiber weist darauf hin, dass zwischenzeitlich die Gasleitungen der E.ON Hanse AG (ehemals Schleswig) verlegt und die Fußwege gepflastert wurden. Außerdem wurde im Ortsteil Bönstrup eine neue Asphaltdecke verlegt.

1.4.2 Dollerup

Bürgermeister Peter-Wilhelm Jacobsen teilt mit, dass in Dollerup ebenfalls die Gasverlegung und Asphaltierungsarbeiten abgeschlossen wurden. Außerdem wurde der Kinderspielplatz Ostertoft neu eingerichtet und zwischenzeitlich auch eingeweiht. Darüber hinaus haben Gespräche über die Auslastung des Jugendraumes stattgefunden.

1.4.3 Munkbrarup

Bürgermeisterin Margrit Jebesen führt aus, dass die Planungs- und Erschließungsarbeiten für die B-Gebiete in Rüde und Munkbrarup (Brennacker) fortgeschritten sind. Außerdem soll am 26.11.2003 eine Einwohnerversammlung stattfinden, in der es u.a. um die Ortsentwässerung Rüde und die Erweiterung der Kläranlage in Munkbrarup geht.

1.4.4 Westerholz

Bürgermeister Jürgen Bachmann verweist auf das neue B-Gebiet Nr. 6 „Achtern Krog“, für das zwischenzeitlich die Planungen begonnen haben. Außerdem wurden verschiedene Straßenlaternen neu aufgestellt.

1.4.5 Langballig

Bürgermeister Peter Dietrich Henningsen teilt mit, dass der erste Bauabschnitt des B-Gebietes Nr. 10 „Laikier“ abgeschlossen wurde und sich bereits einige Häuser im Bau befinden. Der Spielplatz an der Schule wurde erneuert und der Jugendraum erweitert. Darüber hinaus plant die Gemeinde den Restausbau der Unewatter Straße und beschäftigt sich weiterhin mit der Neugestaltung des Hafen- und Strandbereiches in Langballigau.

1.4.6 Wees

Bürgermeister Ulrich Christophersen berichtet über den B-Plan Nr. 14 „Kleine Lund“, der zur Zeit in der Planung ist. Außerdem ist der Neubau der Seniorenwohnanlage zwischenzeitlich soweit fortgeschritten, dass im Januar die meisten Wohnungen bezugsfertig sein werden. Die 20 Sozialwohnungen sind alle vermietet, von den frei finanzierten Wohnungen konnten bereits einige vermietet bzw. verkauft werden. Abschließend weist er darauf hin, dass wegen der stark ansteigenden Kosten für die Kindergärten zwei Sitzungen des Kindergartenausschusses stattgefunden haben, um über dieses Thema zu beraten.

1.4.7 Ringsberg

Bürgermeister Hans Detlef Jordt berichtet über den Neubau der Wasserversorgung. Die Arbeiten kommen gut voran, allerdings kommt es teilweise zu erheblichen Verkehrsbehinderungen in den Baustellenbereichen. Außerdem freut er sich, mitteilen zu dürfen, dass zwischenzeitlich ein Tempo-80-Schild auf der Nordstraße im Kreuzungsbereich Ringsberg aufgestellt wurde.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

Fragen werden nicht gestellt, Anregungen nicht vorgebracht.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 23.06.2003**

Beschluss mit 18 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung:

Die Niederschrift über die Sitzung vom 23.06.2003 wird zur Kenntnis genommen und genehmigt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

1. Nachtragshaushaltssatzung nebst -plan für das Haushaltsjahr 2003
(siehe FA-Sitzung vom 20.10.2003 – TOP 3 -)

Finanzausschussvorsitzende Margrit Jebesen führt aus, dass sich die Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt um 274.200,00 Euro auf 3.036.000,00 Euro erhöht haben. Dieses begründet sie insbesondere mit Mehrkosten bei der Sozialhilfe in Höhe von 170.000,00 Euro, gestiegene Personalkosten in Höhe von 40.000,00 Euro, erhöhten Schulkostenbeiträgen in Höhe von 33.000,00 Euro und zusätzlichen Bewirtschaftungskosten bei den Schulen und der Turnhalle in Höhe von 31.000,00 Euro. Zwar seien auch Einsparungen bei der Sanierung der GHS Munkbrarup und beim Bau der Buswendeschleife zu verzeichnen sowie Mehreinnahmen bei der Schülerbeförderung, jedoch blieben insgesamt 262.400,00 Euro, die über eine Erhöhung der Amtsumlage finanziert werden müssen.

Einstimmiger Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung des Amtes Langballig für das Haushaltsjahr 2003 in folgender Form:

**1. Nachtragshaushaltssatzung
des Amtes Langballig für das Haushaltsjahr 2003**

Aufgrund des § 80 der Gemeindeordnung wird nach Beschluss des Amtsausschusses vom 24.11.2003 und **mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde** vom folgende Nachtragshaushaltssatzung erlassen:

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplanes einschl. der Nachträge	
		gegenüber bisher	nunmehr festgesetzt auf

1. im Verwaltungshaushalt

die Einnahmen	274.200 EUR	0 EUR	2.761.800 EUR	3.036.000 EUR
die Ausgaben	274.200 EUR	0 EUR	2.761.800 EUR	3.036.000 EUR

2. im Vermögenshaushalt

die Einnahmen	84.300 EUR	0 EUR	181.700 EUR	266.000 EUR
die Ausgaben	84.300 EUR	0 EUR	181.700 EUR	266.000 EUR

§ 2

Es werden neu festgesetzt:

- | | | |
|--|--------------|--------------------|
| 1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 0 EUR | 100.500 EUR |
| 2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen | | unverändert |
| 3. Der Höchstbetrag der Kassenkredite | | unverändert |
| 4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen | | unverändert |

§ 3

Die Amtsumlage wird festgesetzt von bisher **49,00 v. H.** auf **54,58 v. H.** der Umlagegrundlage

§ 4

Der § 4 wird nicht geändert.

Da die Fremdenverkehrsabgabe bereits mit 30.000,00 Euro auf der Einnahmeseite des Haushaltes für das Haushaltsjahr 2004 eingeplant wurde, jedoch noch kein Beschluss darüber vorliegt, sind sich die Anwesenden darüber einig, dass der **Tagesordnungspunkt 6** vorgezogen wird.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Satzung über die Erhebung einer Fremdenverkehrsabgabe
(siehe FA-Sitzung vom 17.11.2003 – TOP 2 -)

Amtsvorsteher Jürgen Bachmann führt aus, dass die Gemeinde Langballig als Luftkurort und alle anderen amtsangehörigen Gemeinden als Erholungsorte anerkannt sind und von daher die Möglichkeit haben, eine Fremdenverkehrsabgabe zu erheben. Diese Aufgabe wurde entsprechend der einstimmigen Empfehlung des Amtsausschusses vom 22.02.2000 von den Gemeinden Dollerup, Munkbrarup, Ringsberg, Westerholz und Langballig gemäß § 5 (1) Amtsordnung auf das Amt übertragen. Die Gemeinden Wees und Grundhof haben sich gegen die Übertragung der Aufgabe auf das Amt ausgesprochen.

Der Vorsitzende des Touristikvereines, Herr Peter Asmussen, erhält das Wort. Dieser bedankt sich ausdrücklich für die Integration des Touristikvereines in das neu eingerichtete Bürgerbüro und verspricht sich insbesondere durch die erweiterten Öffnungszeiten zukünftig Vorteile und Impulse für den Fremdenverkehrsbereich.

Er begrüßt ausdrücklich die geplante Erhebung einer Fremdenverkehrsabgabe, weil dadurch

Zahler und Nutzer zusammengeführt und die Zuwendungen für den Fremdenverkehr seitens der öffentlichen Hand immer spärlicher ausfallen werden.

Zur vorliegenden Satzung macht er einige Verbesserungsvorschläge, zum Einen schlägt er vor, auch mittelbar bevorteilte Personengruppen zu veranlassen (z.B. Baugeschäfte) und zum Anderen hält er einen Gewinnsatz für Vermieter von Ferienwohnungen für zu hoch und schlägt vor, diesen Satz dem Gewinnsatz von privaten Zimmervermietern mit Frühstück in Höhe von 22 % anzupassen.

Des Weiteren schlägt er vor, den Mitgliedern des Touristikvereines finanziell entgegen zu kommen, indem der von ihnen zu zahlende Mitgliedsbeitrag für den Touristikverein auf die zu zahlende Fremdenverkehrsabgabe angerechnet wird.

Amtsausschussmitglied Jürgen Hansen ist der Ansicht, dass eine Abgabe in Höhe von 27,28 Euro pro Bett für die privaten Bettenvermieter eine abschreckende Wirkung hätte und schlägt vor, lediglich 40 % des gesamten Aufwandes über die Fremdenverkehrsabgabe zu decken.

Beschluss bei acht Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und drei Enthaltungen:

Der Amtsausschuss beschließt die Satzung über die Erhebung einer Fremdenverkehrsabgabe in der dem Originalprotokoll beigefügten Form. Es werden 60 % des gesamten Aufwandes über die Fremdenverkehrsabgabe gedeckt. Die Anlage zur Satzung sowie die ebenfalls allen Amtsausschussmitgliedern vorliegende Bedarfskalkulation wird ausdrücklich zur Kenntnis genommen und ebenfalls dem Originalprotokoll beigefügt.

Anmerkung:

Gemäß § 5 Abs. 1 Amtsordnung haben die Vertreter der Gemeinden Grundhof und Wees nicht mit abgestimmt.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2004 (siehe FA-Sitzung vom 17.11.2003 – TOP 1 -)

Amtskämmerer Reinhard Schmeiduch erläutert, dass der Verwaltungshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit 2.864.400,00 Euro abschließt.

Größter Ausgabeposten mit 1.350.000 sind die eigenen Schulen, die Schülerbeförderung und die Schulkostenbeiträge, die an andere Schulträger zu zahlen sind.

An Personal- und Sachkosten für die Amtsverwaltung und die ehrenamtlich Tätigen fallen 1.060.000 Euro an, der Rest verteilt sich auf die Sozialhilfe, die Feuerwehren und die Jugendarbeit incl. der Betreuten Grundschulen und dem Nachmittagsprojekt an der GHS Munkbrarup.

In sämtlichen Bereichen wurde soweit vertretbar gespart, so dass als Haupteinnahme insgesamt 2,30 Mio. Euro aus der Amtsumlage zu decken sind, das sind 49,70 % der Finanzkraft der Gemeinden.

Die weiteren Einnahmen sind Schulkostenbeiträge anderer Gemeinden für die eigenen Schulen, Einnahmen aus der Schülerbeförderung und 160.000 Euro an Verwaltungsgebühren. Zudem sind 30.000 Euro Einnahmen aus der Fremdenverkehrsabgabe bereits eingeplant.

Der Vermögenshaushalt schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 133.500 Euro ab und beschränkt sich in den Ausgaben neben den jährlich wiederkehrenden Anschaffungen für die EDV der Amtsverwaltung, die Feuerwehr und die Schulen größtenteils auf die Sanierung der GHS Munkbrarup mit 30.000 Euro und die Schuldentilgung mit 55.000 Euro.

Neben einer einmaligen Umlage für die Sanierung der GHS Munkbrarup in Höhe von 30.000 Euro sind 91.000 Euro aus dem Verwaltungshaushalt zuzuführen, um den Vermögenshaushalt auszugleichen.

Der vorgelegte Stellenplan für das Haushaltsjahr 2004 sieht vor, dass der Stellenanteil in der Kernverwaltung von 15,93 auf 15,58 Stellen verringert wird. Insgesamt sind im Stellenplan 20,88 Stellen ausgewiesen.

Beschluss bei 16 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung:

Der Amtsausschuss beschließt den Haushalt für das Haushaltsjahr 2004 in der vorliegenden Form:

**Haushaltssatzung
des Amtes Langballig für das Haushaltsjahr 2004**

Aufgrund § 18 Amtsordnung in Verbindung mit §§ 77 ff. der Gemeindeordnung wird nach Beschluss des Amtsausschusses vom 24. November 2003 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2004 wird

1. im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme auf		2.864.400,00 EUR
in der Ausgabe auf		2.864.400,00
	EUR	

und

2. im Vermögenshaushalt

in der Einnahme auf		133.500,00
	EUR	
in der Ausgabe auf		133.500,00
	EUR	

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

- | | |
|--|-----------------------|
| 1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf | 0,00 EUR |
| 2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 0,00 EUR |
| 3. Der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 400.000,00 EUR |

4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen **Stellen** auf **20,88 Stellen**

§ 3

Die Amtsumlage wird festgesetzt auf der Umlagegrundlage. **49,70 v.H.**

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung die Amtsvorsteherin ihre oder der Amtsvorsteher seine Zustimmung nach § 82 Abs. 1 oder § 84 Abs. 1 Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt **1.500 EUR**.

Der Stellenplan wird in der Form beschlossen, wie er dem Originalprotokoll beigelegt ist.

Amtsvorsteher Jürgen Bachmann merkt an, dass sich die finanzielle Situation der Gemeinden und des Amtes im kommenden Haushaltsjahr nach dem derzeitigen Kenntnisstand nicht verbessern dürfte. Alleine durch das geplante Vorziehen der 3. Stufe der Steuerreform würden den sieben amtsangehörigen Gemeinden 200.000,00 Euro an Einkommenssteueranteilen fehlen, so dass zumindest aus kommunaler Sicht ein Vorziehen der 3. Stufe nicht zu wünschen sei.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen dem Amt Gelting und dem Amt Langballig über die Bestellung eines gemeinsamen behördlichen Datenschutzbeauftragten

(siehe FA-Sitzung vom 20.10.2003 – TOP 8)

Leitender Verwaltungsbeamter Walter Schober weist darauf hin, dass bereits in der Sitzung des Finanzausschusses am 17.06.2003 beschlossen wurde, Herrn Hans-Jürgen Hansen von der ASF zum behördlichen Datenschutzbeauftragten für das Amt Langballig zu bestellen. Herr Hansen hat die Aufgaben des Datenschutzbeauftragten nach § 10 Abs. 4 Landesdatenschutzgesetz beim Amt Langballig wahr zu nehmen und wird nur auf gesonderte Anforderung des Amtes tätig sein.

Das Amt Gelting hat sich bereit erklärt, gegenüber Herrn Hansen als Anstellungskörperschaft aufzutreten. Dazu ist es notwendig, mit den beteiligten Ämtern einen öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Bestellung eines gemeinsamen behördlichen Datenschutzbeauftragten abzuschließen.

Einstimmiger Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt den Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Amt Gelting und dem Amt Langballig über die Bestellung eines gemeinsamen behördlichen Datenschutzbeauftragten in der Form, wie er dem Originalprotokoll als Anlage beigelegt ist.

Um 20.40 Uhr verlässt Bürgermeister Peter Dietrich Henningsen den Sitzungssaal.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Vereinbarung über die Durchführungswege der Entgeltumwandlung im kommunalen öffentlichen Dienst

(siehe FA-Sitzung vom 17.11.2003 – TOP 2)

Leitender Verwaltungsbeamter Walter Schober teilt mit, dass sich die Mitarbeiter des Amtes Langballig mit verschiedenen Modellen der Entgeltumwandlung beschäftigt haben. In ihrer Personalversammlung am 06.11.2003 haben sie sich dafür ausgesprochen, einen Teil des Einkommens so anzulegen, dass die später zu erwartende Rente entsprechend aufgebessert wird und zu diesem Zweck das Modell der Nord-Ostsee-Sparkasse gewählt, die in Zusammenarbeit mit der Provinzialversicherung ein entsprechendes Angebot gemacht hat.

Einstimmiger Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt die Vereinbarung über die Durchführungswege der Entgeltumwandlung im kommunalen öffentlichen Dienst mit der Nord-Ostsee-Sparkasse und der Provinzialversicherung.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung des Amtes Langballig vom 05.06.1998

(siehe FA-Sitzung vom 01.09.2003 – TOP 1)

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 01.09.2003 vorgeschlagen, die Entschädigungsregelungen aus der Hauptsatzung des Amtes auszugliedern und eine eigene Entschädigungssatzung zu beschließen.

Einstimmiger Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt die 3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung des Amtes Langballig in folgender Form:

3. Änderungssatzung
zur Hauptsatzung des Amtes Langballig,
Kreis Schleswig-Flensburg
vom 05. Juni 1998

Aufgrund des § 24a der Amtsordnung für Schleswig-Holstein vom 28. Februar 2003 (GVBl. Schleswig-Holstein S. 113) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) wird nach Beschluss des Amtsausschusses des Amtes Langballig vom 24. November 2003 und mit Genehmigung des Landrates des Kreises Schleswig-Flensburg folgende 3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung des Amtes Langballig vom 05. Juni 1998 erlassen:

Artikel 1

(1) § 6 Abs. 2 (Entschädigung der Gleichstellungsbeauftragten) wird gestrichen.

(2) § 9 (Entschädigung) wird gestrichen.

- (3) In § 10 (Verarbeitung personenbezogener Daten) wird „§ 10 Abs. 2 LDSG“ ersetzt durch „§§ 13, 26 LDSG“.

Artikel 2

Diese 3. Änderungssatzung tritt rückwirkend zum 01. April 2003 in Kraft.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Erlass einer Entschädigungssatzung für das Amt Langballig

Leitender Verwaltungsbeamter Walter Schober berichtet, dass die Entschädigungsverordnung des Landes Schleswig-Holstein zum 01.04.2003 dahingehend geändert wurde, dass die Höchstsätze für die Entschädigung insgesamt um ca. 10 % erhöht wurden.

Der Amtsvorsteher hat gebeten, die Höhe seiner Entschädigung bei dem „alten“ Satz zu belassen und dieses in die jetzige Entschädigungssatzung aufzunehmen. Dieses ist mit der vorliegenden Entschädigungssatzung erfolgt, indem die Höhe der Entschädigung für den Amtsvorsteher auf 90 % des Höchstsatzes festgeschrieben wurde.

Alle anderen Festsetzungen aus der Hauptsatzung wurden unverändert übernommen.

Amtsausschussmitglied Gerd Voß bittet um Auskunft, warum in § 9 Abs. 2 der vorliegenden Entschädigungssatzung die Wehrführer eine Aufwandsentschädigung in Höhe des Höchstsatzes nach § 2 Abs. 2 Nr. 5 der EntschVO Freiwillige Feuerwehren erhalten sollen (= für Ortswehrführer) und nicht, je nachdem, ob sie Ortswehrführer oder Gemeindewehrführer sind, gestaffelt nach § 2 Abs. 2 Nr. 4 (= für Gemeindewehrführer) oder nach § 2 Abs. 2 Nr. 5 (= für Ortswehrführer).

Leitender Verwaltungsbeamter Schober erklärt, dass die Höhe der Entschädigung für Wehrführer (Gemeinde- und Ortswehrführer) derjenigen amtsangehörigen Gemeinden, die ihre Aufgaben dem Amt übertragen haben, durch Beschluss des Amtsausschusses festgelegt werden. Für die Höchstsätze gelten die Bestimmungen der EntschVO Freiwillige Feuerwehren. Innerhalb des vorgegebenen Rahmens ist es danach möglich, allen Wehrführern die gleiche Entschädigung zu gewähren.

Von dieser letztgenannten Möglichkeit hat der Amtsausschuss beim seinerzeitigen Beschluss über die Hauptsatzung am 29.09.1997 Gebrauch gemacht.

Beschluss bei 15 Ja- und drei Nein-Stimmen:

Der Amtsausschuss beschließt die Entschädigungssatzung des Amtes Langballig in der Form, wie sie der Originalniederschrift beigelegt ist.

Um 20.50 Uhr nimmt Bürgermeister Peter Dietrich Henningsen wieder an der Sitzung teil.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Bestellung und Widerruf einer/eines Standesbeamtin/Standesbeamten

Leitender Verwaltungsbeamter Walter Schober weist darauf hin, dass Frau Niklaßon am 21.11.2003 ihre Prüfung zur Standesbeamtin mit der Note „gut“ bestanden hat und die Aufgaben einer Standesbeamtin im Bürgerbüro wahrnehmen soll. In der Amtsverwaltung sind derzeit 4 Standesbeamte bestellt, und zwar Frau Jutta Franzen, Frau Kirsten Erichsen, Frau Gaby Johannsen und Herr Reinhard Schmeiduch.

Da das Amt Langballig maximal vier Standesbeamte bzw. Standesbeamtinnen beschäftigen

darf, ist es notwendig, wenn Frau Niklaßon zur Standesbeamtin ernannt wird, die Bestellung von Herrn Reinhard Schmeiduch zu widerrufen, der damit einverstanden ist.

Einstimmiger Beschluss:

Der Amtsausschuss bestellt Frau Doris Niklaßon ab dem heutigen Tage zur Standesbeamtin des Amtes Langballig und widerruft gleichzeitig die Bestellung von Herrn Reinhard Schmeiduch zum Standesbeamten.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Amtsausschussmitglied Birgit Bialluch schlägt vor, die „Berichte aus den Gemeinden“ im Amtsboten zu kürzen um dadurch Portokosten einzusparen. Ihrer Meinung nach enthalten die Berichte von Herrn Mahlenbrei aus den einzelnen Gemeinden persönliche und polemische Wertungen, die sich insbesondere gegen links stehende Politikerinnen und Politiker richten würden.

Es ergibt sich eine rege Diskussion dahingehend, inwieweit persönliche Wertungen zu dulden sind. Es herrscht die allgemeine Ansicht, dass der Amtsbote in der derzeitigen Aufmachung bei den Bürgerinnen und Bürgern im Amt sehr gut angenommen wird und eventuelle persönliche und politische Kritik hinzunehmen ist.

Zum Abschluss der Sitzung gibt Amtsvorsteher Jürgen Bachmann einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr, indem er auf die zusätzlichen Aktivitäten bei der Jugendarbeit und die Erstellung des Dorfentwicklungsplanes hinweist. Des Weiteren verfüge das Amt nunmehr über einen Schulwald, habe seinen Internetauftritt abgeschlossen und die Partnerschaften gepflegt und ausgebaut. Die Schule Munkbrarup und das Rentnerwohnheim in Wees sind saniert worden und die Gespräche hinsichtlich einer Verwaltungskooperation mit anderen Kommunen wurden fortgeführt. Zwar könnten sich das Amt und die Gemeinden im kommenden Haushaltsjahr keine größeren Sprünge leisten, jedoch verfügen sämtliche Gemeinden zwischenzeitlich über eine gute Infrastruktur, so dass es gilt, das Bestehende zu bewahren.

Er bedankt sich ausdrücklich bei allen Amtsausschussmitgliedern und den Mitarbeiterinnen der Amtsverwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit und wünscht eine schöne Adventszeit.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht, so dass der Amtsvorsteher um 20.00 Uhr die Sitzung schließt.

gez. Jürgen Bachmann
Amtsvorsteher

gez. Reinhard Schmeiduch
Protokollführer/-wp